



Vergangenheitsarbeit

Wie kann ein Staat Völkermord, Krieg und Menschenrechtsverletzungen überwinden?



GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER



Editorial

Wie kann ein Staat Völkermord, Krieg und massive Menschenrechtsverletzungen überwinden? Diese Frage stellt sich in zahlreichen Ländern mit grosser Dringlichkeit. Denn wenn sich ein Staat nicht aktiv und mit gutem Willen mit seiner problematischen Vergangenheit auseinandersetzt – also Vergangenheitsarbeit betreibt – dann ist auch in der Gegenwart und Zukunft nicht an Frieden und an Versöhnung zu denken.

Das Recht auf Wahrheit, auf Gerechtigkeit, auf Wiedergutmachung und auf Nichtwiederholung stehen bei der Vergangenheitsarbeit im Fokus. Mò Bleeker, Leiterin der Schweizer Task Force für Vergangenheitsarbeit und für die Verhütung von Massengräuelaten, stellt im Übersichtsartikel der aktuellen Voice diese vier Schlüsselprinzipien näher vor.

Nachfolgend können Sie ein Porträt des deutsch-türkischen Schriftstellers Dogan Akhanli lesen, der sich literarisch und als Aktivist für eine Aufarbeitung der türkischen Geschichte einsetzt. Sodann geben wir der tschetschenischen Menschenrechtlerin Zainap Gaschajewa eine Stimme, die gemeinsam mit der GfbV ein Menschenrechtsarchiv aufgebaut hat, welches die Schrecken der beiden Tschetschenienkriege in Bild und Video dokumentiert. Zudem weisen wir auf eine unserer aktuellen Kampagnen hin, bei der es darum geht, dass srilankische Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden sollen.

Für die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist die Vergangenheitsarbeit seit vielen Jahren ein wichtiges Menschenrechtsthema. Dass wir an vergangene Konflikte erinnern, Menschenrechtsdokumentationen sichern und analysieren und uns dafür einsetzen, dass Kriegsverbrecher bestraft werden, wird von vielen Opfern dieser Konflikte geschätzt. Wir bleiben dran.

Franziska Stocker, Leitung Kommunikation

Die **Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)** ist eine internationale Menschenrechtsorganisation, die sich für verfolgte Minderheiten und indigene Völker einsetzt. Sie dokumentiert Menschenrechtsverletzungen, informiert und sensibilisiert die Öffentlichkeit und nimmt die Interessen der Betroffenen gegenüber Behörden und Entscheidungsträgern wahr. Sie unterstützt lokale Bemühungen zur Stärkung der Menschenrechte von Minderheiten und indigenen Völkern und arbeitet national und international mit Organisationen und Personen zusammen, die ähnliche Zielsetzungen verfolgen. Die GfbV hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der UNO und beim Europarat.

4



6



8



Vergangenheitsarbeit – ein Thema auch für die Schweiz?

Mô Bleeker, Leiterin der neu geschaffenen Schweizer Task Force für Vergangenheitsarbeit und für die Verhütung von Massengräueltaten, erklärt, was unter dem Begriff Vergangenheitsarbeit zu verstehen ist und weshalb es wichtig ist, dass sich auch die Schweiz mit diesem Thema befasst.

«Wir benötigen eine Erinnerungsbewegung von unten.»

Der couragierte deutsch-türkische Schriftsteller und Menschenrechtsaktivist Dogan Akhanli setzt sich für eine Aufarbeitung der türkischen Vergangenheit ein, insbesondere für eine Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern.

«Das ganze Volk wurde als Banditen gebrandmarkt.»

Die tschetschenische Menschenrechtlerin Zainap Gaschajewa setzt sich dafür ein, dass die Tschetschenienkriege nicht in Vergessenheit geraten. Die Voraussetzungen für eine Bewältigung der Vergangenheit und eine Versöhnung liegen jedoch noch in weiter Ferne.

Inhaltsverzeichnis

4	Vergangenheitsarbeit – ein Thema für die Schweiz?	10	Kurzinfos
6	Erinnerungsbewegung von unten	12	GfbV-Projekte und -Kampagnen
7	Unabhängige Untersuchung der Verbrechen gefordert	14	Psychologische Aufarbeitung von Chinas Vergangenheit
8	Interview mit Zainap Gaschajewa	15	Service Bücher, Filme, Ausstellungen

Herausgeberin: Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz, Schermenweg 154, CH-3072 Ostermündigen, Tel. 031 939 00 00, Fax 031 939 00 19, E-Mail: info@gfbv.ch, Web: www.gfbv.ch, Spendenkonto: BEKB: IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1 **Redaktion:** Verantwortlich: Franziska Stocker, Mitarbeit: Selina Krüse **Gestaltungskonzept/Layoutsupport:** Clerici Partner AG, Zürich **Layout:** Franziska Stocker **Titelbild:** Gedenkstätte an die Opfer des Massakers von Srebrenica in Potocari/Bosnien (Foto: Maud Tessa Benardeau) **Bild Rückseite:** Asurini-Indianer, betroffen vom Bau des geplanten Belo Monte-Staudamms im brasilianischen Amazonas (Foto: Rebecca Sommer) **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 5900 Exemplare **Abonnement:** CHF 30.–/Jahr, Insertionstarif auf Anfrage **Nächste Ausgabe:** Sept. 2011, Redaktions- und Inserateschluss: 1. Aug. 2011 **Copyright:** © 2011 Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz. Die Wiedergabe von Artikeln ist bei Angaben der Quelle und Belegexemplaren an die Herausgeberin erlaubt **Druck:** gdz AG, Zürich, gedruckt auf FSC-Papier **ZEWO:** Die GfbV trägt das ZEWO-Gütesiegel für gemeinnützige Institutionen. Es steht für einen zweckbestimmten und transparenten Umgang mit Spenden.



Mix
Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten Wäldern und anderen kontrollierten Herkünften

Zert.-Nr. IMO-COC-029349
www.fsc.org
© 1996 Forest Stewardship Council

➤ Vergangenheit – ein Thema auch für die Schweiz?

Mô Bleeker, Leiterin der neu geschaffenen Schweizer Task Force für Vergangenheitsarbeit und für die Verhütung von Massengräueltaten, erklärt, was unter dem Begriff Vergangenheitsarbeit zu verstehen ist und weshalb es wichtig ist, dass sich auch die Schweiz mit diesem Thema befasst.

Für die Schweiz ist die Vergangenheitsarbeit ein wichtiges Instrument der zivilen Friedensförderung. Gewaltkonflikte, Diktaturen und repressive Regimes hinterlassen tiefe Spuren. Es werden fast immer massive Menschenrechtsverletzungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Massaker und manchmal auch Völkermord begangen.

Vergangenheitsarbeit beinhaltet eine ganze Reihe von Massnahmen: Tatsachenermittlung, Gewährleistung der Rechtsprechung, Wiedergutmachung und institutionelle Reformen. Grundlage für diese Massnahmen sind die 1997 von der UNO-Menschenrechtskommission verabschiedeten Joinet-Grundsätze zur Bekämpfung der Straflosigkeit, die die Rechte der Opfer und die Pflichten der Staaten definieren.

Wahrheitskommissionen, innerstaatliche und hybride (semi-internationale) Gerichte, Sondergerichtshöfe und internationale Gerichte (wie etwa der Internationale Strafgerichtshof) spielen hier ebenso eine zentrale Rolle wie Programme zur Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer sowie institutionelle Reformen und Massnahmen zur Überprüfung der Mitglieder von Institutionen (Vetting).

Wichtig sind aber auch Massnahmen mit starkem Symbolgehalt wie öffentliche Entschuldigungen und Denkmäler zum Gedenken an die Opfer und Widerstandskämpfer. Ein weiteres wichtiges Element im Bereich der Vergangenheitsarbeit ist der Bericht des UNO-Generalsekretärs über Rechtsstaatlichkeit und Aufarbeitung von Unrecht in Konflikt- und Postkonfliktgesellschaften aus dem Jahr 2004. Er ermöglicht es unter anderem, praktische Erfahrungen in diesem Bereich mit konzeptionellen und theoretischen Ansätzen zu kombinieren. Es gibt zwar kein Standardmodell für die Vergangenheitsarbeit, doch hat die Schweiz erheblich zur Erarbeitung eines konzeptuellen Rahmens für diesen Bereich beigetragen. Die Grundlage für diesen Ansatz bilden die sogenannten Joinet-Grundsatzprinzipien mit ihren vier Schlüsselbereichen zur Bekämpfung der Straflosigkeit: Recht auf Wahrheit, Recht auf Gerechtigkeit, Recht auf Wiedergutmachung, Garantie der Nichtwiederholung.

Recht auf Wahrheit

Das Recht auf Wahrheit und die Pflicht zur Erinnerung umfassen sowohl ein individuelles Recht der Opfer und ihrer Familien, die Wahrheit über das ihnen oder ihren Angehörigen zugefügte Unrecht zu erfahren, als auch ein kollektives Recht der Gesellschaft auf Aufklärung über die Geschehnisse und die Umstände, die zu schweren Menschenrechtsverletzungen führten, damit sich solche Ereignisse nicht wiederholen.

Für den Staat umfasst das Recht auf Wahrheit zudem die Verpflichtung, Massnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass geschehenes Unrecht aus dem kollektiven Gedächtnis gelöscht wird und revisionistische Ideen entstehen können. Zur Umsetzung dieses Rechts werden hauptsächlich aussergerichtliche Untersuchungskommissionen, sogenannte Wahrheits- und Versöhnungskommissionen, eingesetzt. Ziel dieser Kommissionen ist es, den Verwaltungsapparat abzubauen, der zu den Missbräuchen geführt hat, damit sich diese nicht wiederholen, und Beweismaterial für die Justiz zu sichern. Damit tragen sie zur Dokumentation und zur Erhaltung von Archiven zu schweren Menschenrechtsverletzungen bei.

Recht auf Gerechtigkeit

Das Recht auf Gerechtigkeit und die Pflicht zur Untersuchung und Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen bedeutet, dass jedes Opfer seine Rechte geltend machen kann und Anspruch auf einen fairen und wirksamen Rechtsschutz hat. Dazu gehört die Erwartung, dass verantwortliche Personen gerichtlich zur Rechenschaft gezogen werden und Wiedergutmachung geleistet wird, sowie die Verpflichtung des Staates, Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen, die Täter zu verhaften, sie vor Gericht zu bringen und sie zu bestrafen, sofern ihre Schuld nachgewiesen werden kann.

Recht auf Wiedergutmachung

Das Recht auf individuelle und kollektive Wiedergutmachung umfasst individuelle Massnahmen für die Opfer einschliesslich Angehöriger und unterhaltsberechtigter Personen, wie z.B. Restitution, d.h. der Versuch, die frühere Situation des Opfers wiederherzustellen. Sie umfasst auch Entschädigungen für physische oder psychische Schäden inkl. verpasste Chancen, körperliche Schäden, Ehrverletzung und Anwaltskosten. Auch Rehabilitation, d.h. medizinische Pflege, psychologische und psychiatrische Behandlung, gehört dazu.

Kollektive Wiedergutmachungsmassnahmen umfassen symbolische Handlungen wie jährliche Gedenkveranstaltungen für die Opfer oder die öffentliche Übernahme der Verantwortung durch den Staat. Auf diese Weise kann der Staat seiner Pflicht zur Erinnerung nachkommen und dazu beitragen, die Würde der Opfer wiederherzustellen.

Garantie der Nichtwiederholung

Damit sich geschehenes Unrecht nicht wiederholt, braucht es Massnahmen wie die Überprüfung der Angestellten einer öf-



Foto: Fabian Fehse

Demonstration von indigenen Guatemaltekkinnen. Sie fordern, dass der frühere Präsident Guatemalas, Efraín Ríos Montt, wegen Völkermord vor Gericht gestellt wird (November 2006, Guatemala City).

fentlichen Institution (Vetting/Lustration) sowie institutionelle Reformen. Dabei geht es in erster Linie darum, paramilitärische bewaffnete Gruppen aufzulösen (Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung), die Sicherheitsinstitutionen zu reformieren, Notstandsgesetze aufzuheben und Amtsträger, denen in einem fairen und transparenten Verfahren die Beteiligung an schweren Menschenrechtsverletzungen nachgewiesen wurde, aus ihren Ämtern zu entfernen. Zudem ist eine Reform der staatlichen Institutionen vorzusehen, die den Normen der guten Regierungsführung und der Rechtsstaatlichkeit entspricht.

Seit 2003 hat sich die Schweiz im Rahmen ihrer Politik im Bereich der menschlichen Sicherheit, der Friedensförderung, der Menschenrechte und der humanitären Hilfe stark in der Vergangenheitsarbeit engagiert. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) hat auf der Grundlage der Joinet-Grundsätze einen konzeptuellen Rahmen zur Bekämpfung der Straflosigkeit erarbeitet. Zudem trägt es zur Entwicklung wichtiger Ideen bei, etwa zu folgenden Themen: Debatte über Gerechtigkeit und Frieden; Wiedergutmachung und Gender; Entwaffnung, Demobilisierung, Wiedereingliederung (Disarmament, Demobilization, Reintegration DDR) und Justiz in Transitionsprozessen; Entwicklung und Justiz in Transitionsprozessen; Archivierung und Menschenrechte; Verhinderung von Völkermord und Massengewalt.

Auf bilateraler Ebene unterstützt die Schweiz zahlreiche Initiativen in unter anderem Guatemala, Kolumbien, Bosnien, Serbien, Kroatien, Kosovo, Burundi, Nepal und im Nahen Osten durch Beratung, technische und politische Unterstützung sowie finanzielle Beiträge. Auf multilateraler Ebene hat die Schweiz verschiedene Resolutionen im Bereich der Justiz in Transitionsprozessen initiiert und zusammen mit anderen Ländern Diskussionsveranstaltungen im Menschenrechtsrat organisiert.

Die Entsendung von Expertinnen und Experten spielt ebenfalls eine wichtige Rolle. Die Sondergerichtshöfe für Sierra Leone und das ehemalige Jugoslawien sowie das Archiv der Policía Nacional Civil und die Internationale Kommission gegen Straflosigkeit (CICIG) in Guatemala, sowie JRR (Justice Rapid Response) sind Beispiele für die Mitwirkung von Schweizer Expertinnen und Experten.

Seit dem 1. April 2011 verfügt die Schweiz zudem über eine «Task Force für Vergangenheitsarbeit und für die Verhütung von Massengräueltaten», welche einen integrierten und abgestützten Ansatz innerhalb des EDA anstrebt und auch die Prävention und die Postkonflikt-Anstrengungen fördern will.

Mô Bleeker, Leiterin Task Force für Vergangenheitsarbeit und für die Verhütung von Massengräueltaten beim EDA

➤ «Wir benötigen eine Erinnerungsbewegung von unten.»

Dogan Akhanli setzt sich für eine Aufarbeitung der türkischen Vergangenheit ein, insbesondere für eine Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern. Der couragierte deutsch-türkische Schriftsteller und Menschenrechtsaktivist ist überzeugt, dass nur so eine Demokratisierung der türkischen Gesellschaft möglich ist.

Zum ersten Mal vom Völkermord an den Armeniern hat Dogan Akhanli als Kind gehört. In dem türkischen Dorf, wo er aufwuchs, erzählte man sich Geschichten darüber, wie armenische Frauen missbraucht und ermordet worden waren. Erst später, nach seiner Flucht 1991 nach Deutschland, erfuhr Akhanli je-



Foto: Manfred Wegener

Dogan Akhanli

doch vom ganzen Ausmass des Vernichtungsfeldzuges gegen die armenische Bevölkerung im damaligen Osmanischen Reich. Akhanli, der von 1985 bis 1987 aufgrund seiner politischen Aktivitäten gegen die türkische Militärdiktatur im Gefängnis sass und dort gefoltert wurde, beschreibt im Gespräch, wie es für ihn anfangs schwierig war, die eigene vom Staat erfahrene Gewalt von derjenigen gegenüber den Armeniern zu unterscheiden. «Erst später begriff ich, dass es einen grossen Unterschied gab. Als linker Aktivist hätte ich in den 1980er Jahren die Chance gehabt, ins Exil zu gehen. Aber ich entschied mich bewusst, gegen das Militär zu kämpfen. Die Armenier hingegen hatten von Anfang an keine Chance. Im nationalistischen Staatsprojekt der Jungtürken – eine Religion, eine Sprache, eine Nation – hatten die

Armenier von Anfang an keinen Platz. Sie wurden verfolgt und umgebracht, allein weil sie Armenier waren.» Akhanli war tief beeindruckt vom Umgang Deutschlands mit seiner Vergangenheit. «Es war für mich eine wunderbare Erfahrung, dass ein Staat sich auf diese Weise seiner schrecklichen Geschichte stellt. Ohne diese wichtige Erfahrung hätte ich mich vielleicht nicht für die Vergangenheitsbewältigung in der Türkei einzusetzen begonnen.» Akhanli begann sich als Schriftsteller zu betätigen. In der Trilogie «Die verschwundenen Meere» thematisierte er die Gewalt des Staates gegenüber seinen Bürgern. Im letzten Band «Die Richter des jüngsten Gerichts» ging es um den Völkermord an den Armeniern. Akhanli sieht seine Literatur als einen Beitrag zur Auseinandersetzung in der Türkei über den Umgang des Staates mit seiner Geschichte. «Dass die Türkei immer noch leugnet, dass es einen Völkermord an den Armeniern gegeben hatte, verunmöglicht bis heute eine Begegnung auf Augenhöhe zwischen den Armeniern und der türkischen Gesellschaft. Die Armenier haben wegen der fehlenden Distanzierung der Türkei von den damaligen Tätern kein Vertrauen in den türkischen Staat. Eine Anerkennung dieser Ereignisse ist Voraussetzung für einen Dialog und vielleicht einmal eine Versöhnung.»

Ermutigende Zeichen

Akhanli plädiert für eine Erinnerungsbewegung von unten. «Wenn der Staat sich nicht erinnern will, erinnern wir uns eben selber.» In diesem Zusammenhang sei viel passiert in den letzten Jahren. Die Ermordung des armenischen Journalisten Hrant Dink durch einen Rechtsextremen sei ein eigentlicher Wendepunkt gewesen. Damals waren 200 000 betrof-

fene Bürgerinnen und Bürger auf die Strasse gegangen und hatten mit dem Slogan «Wir sind alle Hrant Dink. Wir sind alle Armenier» gegen den Nationalismus protestiert. Akhanli ist überzeugt, dass die Türkei die Leugnung des Völkermordes nicht mehr länger aufrechterhalten kann. Er sieht erste hoffnungsvolle Anzeichen dafür: «Während früher Personen, die sich zum Völkermord äusserten, sofort bestraft wurden und Bücher über das Thema verboten wurden, bin ich bei meiner Reise in die Türkei 2010 auf zahlreiche Bücher gestossen, die den Völkermord thematisieren. Und die jüngere Generation habe ich als offen und neugierig gegenüber dem Thema wahrgenommen.»

Akhanli erzählt, dass es inzwischen viele Organisationen in der Türkei gibt, welche sich mit der Armenier-Frage auseinandersetzen. «Letztes Jahr am Gedenktag für den Völkermord gab es zum allerersten Mal eine Kundgebung am Haidar Pascha-Hauptbahnhof. Von diesem Bahnhof aus waren 1915 die ersten Armenier deportiert worden.» Auch für 2011 sind in zahlreichen Orten Gedenkveranstaltungen geplant. «Diese Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte hilft nicht nur den Opfern des Völkermordes, welche so endlich Gerechtigkeit erfahren. Sie unterstützt auch den Demokratisierungsprozess in der Türkei. Denn wenn die eigene gewaltvolle Geschichte nicht aufgearbeitet wird, setzt sich diese staatliche Gewalt weiter fort. Mir scheint, die türkische Gesellschaft wird sich immer mehr bewusst, dass staatliche Gewalt und Willkür nicht länger tolerierbar sind – weder in der Vergangenheit noch heute.»

Franziska Stocker, GfbV Schweiz

➤ Unabhängige Untersuchung der Verbrechen gefordert

Der Bürgerkrieg in Sri Lanka ist seit zwei Jahren zu Ende. Anstatt sich ihrer Vergangenheit zu stellen, gibt sich die sri-lankische Regierung dem Triumphalismus hin und weigert sich, eine unabhängige, internationale Untersuchung der Kriegsverbrechen beider Kriegsparteien zuzulassen.

In den letzten fünf Monaten des Krieges in Sri Lanka (Januar bis Mai 2009) kamen zehntausende Zivilpersonen ums Leben. Dabei waren sowohl die sri-lankische Armee als auch die Rebellenorganisation LTTE an massiven Kriegsverbrechen beteiligt: Die Armee hatte gezielt sogenannte «Sicherheitszonen», in welchen die Zivilbevölkerung Zuflucht suchte, mit schwerer Artillerie beschossen. Darunter waren Spitäler, Zelte und Konvois der UNO und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz. Die LTTE ihrerseits hinderte Zivilpersonen daran, das Kampfgebiet zu verlassen, und missbrauchte diese als menschliche Schutzschilde.



Foto: Mahamuni Subramaniam

Versöhnung als Farce

Die sri-lankische Regierung hat zwar eine sogenannte «Versöhnungskommission» eingesetzt, welche tausende von Augenzeugenberichten sammelt und den regionalen Versöhnungsprozess unterstützen soll. Da jedoch der Kommission das Mandat zur Ahndung von Menschenrechtsverletzungen und von Verletzungen des humanitären Rechts fehlt, ist die rechtliche Aufarbeitung von Kriegsverbrechen kein Thema. Die Kommission gilt bei internationalen Menschenrechtsorganisationen als Farce, da sie weder zur Wahrheitsfindung noch zur Herstellung von Gerechtigkeit beiträgt. Intransparenz, das Fehlen eines Zeugnenschutzprogrammes und Parteilichkeit untergraben die Glaubwürdigkeit der Kommission zusätzlich.

UNO-Bericht gibt GfbV Recht

Diese Befürchtungen wurden ebenfalls in einem Ende April 2011 erschienenen Bericht von der UNO-Expertenkommission zu Sri Lanka geteilt, welche mit dem Auftrag einberufen worden war, die letz-

Solange es keine Ahndung der Kriegsverbrechen gibt, befindet sich der Frieden in weiter Ferne.

ten Kriegsmonate systematisch zu analysieren. Zur Entstehung des Expertenberichts hatte die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) massgeblich beigetragen, indem sie im letzten Dezember einen eigenen Bericht mit erschütternden Augenzeugenberichten und Video- und Fotodokumenten an die Kommission einreichte. Diese weisen auf schwerste Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit hin, welche in den letzten Monaten des Krieges durch die sri-lankische Armee sowie die LTTE begangen wurden. Die GfbV ist zudem im Besitz einer umfangreichen Menschenrechts-Dokumentation mit über 300 Videos und 700 Bildern aus Spitälern und Flüchtlingslagern in der sogenannten «Sicherheitszone», auf denen verletzte oder getötete Zivilpersonen zu sehen sind.

Die GfbV begrüsst die Forderungen des Ende April 2011 erschienenen Berichts der UNO-Expertenkommission nach einer internationalen Untersuchung der

Kriegsverbrechen beider Konfliktparteien. Da fast die gesamte Führung der LTTE im Konflikt umgekommen ist, können auf Seiten der LTTE nicht mehr viele Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden. Auf Seiten der Regierung hingegen sind die Entscheidungsträger weiterhin an der Macht. Im Falle einer internationalen Untersuchung müssten laut Menschenrechtsorganisationen neben anderen hohen Politikern und Militärs auch Präsident Mahinda Rajapakse und sein Bruder Gotabaya Rajapakse ins Visier der Ermittlungen genommen werden. Die Regierung versucht deshalb, eine unabhängige Untersuchung mit allen Mitteln zu verhindern. Die GfbV fordert die UNO auf, an der unabhängigen, internationalen Untersuchung über die Kriegsverbrechen in Sri Lanka festzuhalten und dafür zu sorgen, dass die mutmasslichen Täter vor Gericht gestellt werden und die Familien der Opfer eine angemessene Entschädigung erhalten.

Angela Mattli, GfbV Schweiz

➤ «Das ganze Volk wurde als Banditen gebrandmarkt.»

Die tschetschenische Menschenrechtlerin Zainap Gaschajewa setzt sich dafür ein, dass die Tschetschenienkriege nicht in Vergessenheit geraten. Die Voraussetzungen für eine Bewältigung der Vergangenheit und eine Versöhnung liegen jedoch noch in weiter Ferne.

Im 1. und 2. Tschetschenienkrieg sind unzählige Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen passiert. Sie setzen sich dafür ein, dass diese Ereignisse nicht in Vergessenheit geraten. Weshalb ist es wichtig, dass wir uns an die Vergangenheit erinnern?

Vieles in unserer tschetschenischen Geschichte ist in Vergessenheit geraten. Es hat nie eine echte Aufarbeitung der beiden Kriege gegeben, nie wurde eine offizielle Entschuldigung ausgesprochen für all die schrecklichen Dinge, die dem tschetschenischen Volk angetan wurden. Auch über noch frühere Ereignisse wie die Deportation der tschetschenischen Bevölkerung 1944 nach Kasachstan gibt es in Russland fast keine unabhängigen Informationen. Aufgrund meiner persönlichen Erlebnisse bin ich zum Schluss gekommen, dass es äusserst wichtig ist, die Erinnerung zu bewahren. Man muss diese Ereignisse dokumentieren, darüber berichten. Erst dann ist eine Aufarbeitung und eine gerechte Bewertung dessen, was passiert ist, möglich.

Wie haben Sie selbst den Krieg erlebt?

Ich lebte damals mit meiner Familie in Moskau und als 1994 die ersten Luftangriffe auf Tschetschenien begannen, reiste ich in die tschetschenische Hauptstadt Grosny, um meine Mutter und die Eltern meines Ehemannes zu holen. In Grosny erfuhren wir, dass die Stadt am selben Tag bombardiert werden sollte. Ich begann Abschiedsbriefe zu verfassen, denn wir dachten damals, dass wir sterben werden. Glücklicherweise wurden wir verschont. An diesem Tag begann bei mir ein Umdenken. Ich hatte eine erfolgreiche Firma in Moskau, aber ich entschied mich, nicht zu dieser Tätigkeit zurückzukehren, bevor der Krieg nicht vorbei war. Ein anderes entscheidendes Erlebnis war, als wir einige Zeit später einen Friedensmarsch von Moskau nach Grosny durchführten. Auf diesem Marsch stiessen wir auf Menschen, die aus dem Dorf Samaschki geflohen waren, wo ein Massaker stattgefunden hatte. Sie erzählten uns von den Grausamkeiten, die sie erlebt hatten. Leider hatten wir nichts dabei, um ihre Berichte festzuhalten. Da beschloss ich, anzufangen zu filmen.

Wie sah damals Ihre Arbeit aus?

Wenn eine Säuberungsaktion in einem Dorf stattfand oder nach Bombardierungen und Massakern, waren meine Mitarbeiterinnen und ich meist als erste dort. Einmal waren wir zum Beispiel in Mesker-Yurt. Die Menschen durften während drei

Tagen das Dorf nicht verlassen, sie waren umzingelt von russischen Soldaten. Als die Armee endlich ging, sagten uns die Einwohner, dass 21 Jugendliche getötet worden seien. Sie seien ausserhalb vom Dorf zusammengebunden und gesprengt worden. Wir wurden an diesen Ort gefahren und sahen dort die Kleiderstücke, die überall verstreut lagen. Und so gingen wir von Dorf zu Dorf und dokumentierten, was wir sahen und führten Gespräche mit den Dorfbewohnern.

Wie haben diese Menschen auf Sie reagiert?

Am Anfang, als der Krieg noch im Gange war, wollten die meisten, dass sie gefilmt und ihre Geschichten verbreitet werden.

«Die Menschen wollten, dass ihr Leiden an die Öffentlichkeit gelangt.»

Sie hofften, dass der Krieg gestoppt werden könnte, wenn diese Zeugnisse an die Öffentlichkeit gelangten. Besonders die Männer, die in den Gefängnissen schrecklich gefoltert worden waren, wollten über ihre Erlebnisse reden. Sie konnten nicht zurechtkommen mit dem, was man ihnen angetan hatte. Später fragten uns die Leute manchmal, was denn das Ganze nütze. Sie bekämen nur Probleme, wenn sie uns etwas erzählen würden. Trotzdem glaube ich, dass wir das Richtige getan haben. Jemand musste diese Arbeit tun.

Was haben Sie mit dem Filmmaterial gemacht?

Während des Kriegs haben wir diese Videos an internationale und russische Journalisten verteilt, welche sie dann veröffentlicht haben. Einen grossen Teil des Filmmaterials brachten wir später ins Ausland, damit es sicher aufbewahrt werden kann. Heute sind wir dabei, diese Dokumente in einem Archiv mit Hilfe einer speziellen Datenbank systematisch zu erfassen und zu analysieren. Das Hauptziel dieser Dokumentationsarbeit ist eine Arbeit für den Frieden, damit es nie wieder zu einem Krieg kommt.

Die GfbV unterstützt Sie bei diesem Projekt.

Die GfbV ist die erste Organisation, die diese Idee eines Men-



Zainap Gaschajewa, Menschenrechtlerin

schenrechtsarchivs aufgenommen und verwirklicht hat. Es ist sehr wichtig, dass es solche Länder wie die Schweiz gibt, wo man eine Arbeit machen kann, die in Russland momentan nicht möglich ist.

Wie reagiert der russische Staat, wenn es um die Aufarbeitung seiner Geschichte geht?

Heute ist in Russland eine echte Vergangenheitsbewältigung nicht möglich. Ich wurde mehrfach bedroht, weil ich diese Arbeit mache. Es gab Hausdurchsuchungen bei mir, man verlangte Informationen von mir, mein Ehemann wurde verhaftet und eingeschüchtert.

Was wäre Ihre Erwartung an die russische Regierung?

Russland pflegt gute Ratschläge an andere Staaten zu geben, z.B. an Libyen. Dabei scheint die russische Regierung vergessen zu haben, dass sie in Tschetschenien selber Krieg geführt hat, obwohl man das Problem in Verhandlungen hätte lösen können. Schlimmer noch ist, dass Tschetschenien ein Teil der UDSSR war, ein Teil des eigenen Landes. Die ganze tschetschenische Bevölkerung wurde als Banditen und Terroristen gebrandmarkt. Grosny wurde zwar wieder aufgebaut, aber die Seele der Menschen kann man nicht wieder herstellen. Die Regierung muss endlich anerkennen, was damals passiert ist.

Welche Erfahrungen hat man in Tschetschenien und Russland damit gemacht, die Täter vor Gericht zu stellen?

Das Rechtssystem in Russland funktioniert nicht. Es ist fast unmöglich, die Kriegsverbrecher vor Gericht zu ziehen, weil sie teilweise die Stellen besetzen, welche sie vor Gericht bringen sollten. In jedem anderen demokratischen Land würde man Personen suspendieren, die in solche Verbrechen verwickelt sind. In Russland aber werden Kriegsverbrecher in der Öffentlichkeit als Helden gefeiert.

Vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof sind zahlreiche Klagen aus Tschetschenien hängig. Russland wird immer wieder verurteilt. Wie schätzen Sie die Wichtigkeit dieser Institution ein?

Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof ist die einzige gerichtliche Institution, die für die Fälle aus Tschetschenien

Zainap Gaschajewa

Zainap Gaschajewa wurde 1953 in Kasachstan geboren, wohin Stalin 1944 das tschetschenische Volk hatte deportieren lassen. Erst 1957 konnte die Familie Gaschajewa aus der Verbannung nach Tschetschenien zurückkehren. In Moskau war Zainap Gaschajewa Direktorin eines Unternehmens. Zu Beginn des ersten Tschetschenienkriegs gab die vierfache Mutter ihren Beruf jedoch auf und gründete 1995 die tschetschenisch-russische Frauenorganisation «Echo des Krieges», die sich vor allem für die Opfer des Krieges einsetzt. Als Kriegsphotografin und Filmerin hat Zainap Gaschajewa das umfangreichste Archiv aufgebaut, welches die Kriegsgräuere in Tschetschenien systematisch dokumentiert. Zusammen mit anderen Frauen hat sie die vielen Fotos und Videos jahrelang versteckt, bevor sie sie aus dem Kriegsgebiet schmuggeln konnte. Zainap Gaschajewa wurde wegen ihres Engagements mehrmals festgenommen, ihre Wohnung wurde durchsucht und ihre Familienangehörigen unter Druck gesetzt. Trotz aller Gefahr liess sie sich nicht einschüchtern. Sie reiste auch regelmässig nach Westeuropa, um hier mit Journalisten, Menschenrechtsorganisationen und Politikern Gespräche über die Lage in Tschetschenien zu führen. 2005 drehte Eric Bergkraut den Dokumentarfilm «Coca – die Taube aus Tschetschenien» über sie und ihre Menschenrechtsarbeit. Zainap Gaschajewa wurde mehrfach mit Preisen ausgezeichnet, darunter der Lew Kopelew-Preis. Heute lebt sie in der Schweiz und arbeitet für die GfbV.



Foto: Franziska Stocker

Fortsetzung Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

funktioniert. Russland wurde in über 100 Fällen verurteilt und zu einer Entschädigungszahlung an die Opfer gezwungen. Es ist gut, dass Russland dieses Geld auszahlt. Aber diese Ent-



Foto: Alan Meier

Zahlreiche Menschen in Tschetschenien wissen auch heute noch nicht, was mit ihren Angehörigen geschehen ist.

schädigung betrifft schliesslich nur eine sehr geringe Zahl der Opfer. Wir sprechen insgesamt von über 100 000 Opfern der Kriege in Tschetschenien.

Was wäre notwendig, damit künftig solche Menschenrechtsverletzungen nicht mehr passieren können?

Man muss weiter über die Vergangenheit sprechen. Es braucht eine gerechte Aufarbeitung dieser Kriege und eine Anerkennung dessen, was passiert ist in Russland. Bis jetzt können wir in Russland nicht einmal ein öffentliches Tribunal organisieren, wo Menschenrechtler über die damaligen Ereignisse berichten würden. Es braucht auch eine Versöhnung. Und auch auf internationaler Ebene müsste es eine Anerkennung der Geschehnisse in Tschetschenien geben, damit sich so etwas niemals wiederholen kann.

Interview: Franziska Stocker, GfbV Schweiz

➤ Minderheiten und



Kurzinfos

Ecuador: Indigene klagen die Regierung an

CONAIE, Ecuadors grösste Indigenen-Organisation, hat ein rechtliches Verfahren gegen die Regierung gestartet, in welchem sie diese des Ethnozids an isoliert lebenden Indigenenstämmen beschuldigt. Unter anderen werden Präsident Rafael Correa, der Minister für Umwelt, Minen und Öl und Ecuadors Botschafter in Spanien angeklagt, das Überleben von Indigenen zu gefährden, indem sie Ölfirmen erlauben, auf deren Land tätig zu sein. Isoliert lebende Indigenengemeinschaften sehen sich der Vernichtung ausgesetzt, wenn sie auf Arbeiter der Ölfirma treffen, da sie keine Immunabwehr gegen Krankheiten besitzen, die von Aussenstehenden eingeschleppt werden. Der Fall wurde Anfang April 2011 vor den Staatsanwalt gebracht. Auch jenseits der Grenze in Peru sind die Ölfirmen Perenco und Repsol auf dem Land von isoliert lebenden Indigenen tätig. Die Firmen anerkennen nicht, dass ihre Anwesenheit eine grosse Gefahr für das Überleben dieser verletzlichen Gruppen darstellt.

Quelle: Survival

Serbien: Zwangsräumungen von Roma-Siedlungen haben zugenommen

Die Zahl der Zwangsräumungen von Roma-Siedlungen in Serbien hat laut einer im April 2011 erschienenen Studie von Amnesty International seit April 2009 stark zugenommen. Einige Betroffene wohnen seither in Metall-Containern in isolierten Quartieren, andere werden

indigene Völker in aller Welt



1. Gurung, Nepal (Foto: Julien Dorol)
2. Maya, Guatemala (Foto: Hideki Naito)
3. Wodaabe, Kamerun (Foto: Georges Courrèges)
4. La Hu, Vietnam (Foto: Walter Callens)

dazu gezwungen, im Süden Serbiens unter menschenunwürdigen Bedingungen zu leben. Viele dieser Zwangsräumungen wurden im Rahmen eines Projekts der Stadt Belgrad durchgeführt, welches 2009 angelaufen ist und den Bau von



Foto: Amnesty International

Infrastruktur in grossem Ausmass vor sieht. Finanziert wird es durch Darlehen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Europäischen Investitionsbank. Mindestens 50 bis 100 Roma-Siedlungen sind in Belgrad davon betroffen. Die für den Beginn des Jahres 2011 vorgesehene «Wiedereingliederung» der BewohnerInnen der informellen Siedlungen von Belvil in Novi Beograd wurde aufgrund des Drucks verschiedener Organisationen vorerst auf Eis gelegt.

Quelle: «Home is more than a roof over your head», Amnesty International, 2011.

USA: Indigene Frauen suchen Gerechtigkeit bei der UNO

Die USA sieht sich Kritik seitens der internationalen Gemeinschaft ausgesetzt, da sie nicht in der Lage ist, Kriminelle,

welche in indigene Territorien eindringen und indigene Frauen und Mädchen vergewaltigen, strafrechtlich zu verfolgen. Laut Rashida Manjoo, der Sonderbeauftragten der UNO für die Rechte der Frau, werden zwischen 60 und 80 Prozent der Gewalttaten an amerikanischen indigenen Frauen von Nicht-Indigenen begangen. Indigene Frauen seien auch viel stärker der Gefahr ausgesetzt, Opfer von Missbrauch zu werden als jede andere ethnische Gruppe in den USA. Jede dritte indigene Frau in den USA werde einmal in ihrem Leben vergewaltigt. In dessen verfügen die Stammesältesten nur über begrenzte rechtliche Mittel, jene Täter, die auf ihren Territorien Straftaten begangen haben, strafrechtlich zu verfolgen.

Quelle: Inter Press Service

Thailand: Abschiebungen von Burma-Flüchtlingen sind völkerrechtswidrig

Thailand plant die Abschiebung von mehr als 140 000 Burma-Flüchtlingen aus Thailand zurück in ihre Heimat und verstösst damit gegen das humanitäre Völkerrecht und die UNO-Flüchtlingskonvention. So lange in Burma weiterhin Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen werden, ist die Abschiebung von Flüchtlingen aus Burma aus Sicht der GfbV unverantwortlich. Thailand begründet den Entscheid mit der Machtübernahme einer zivilen Regierung in Burma am 1. April 2011. Die neue burmesische Regierung ist jedoch nach Ansicht von Menschenrechtsorganisationen ein Marionettenre-

gime, in dem die Militärs noch immer das Sagen haben.

Quelle: GfbV Deutschland

Marokko: Menschenrechtsaktivisten aus der Westsahara nach über zwei Jahren Haft entlassen

Ein Militärgericht in Casablanca hat im April drei sahraouische Menschenrechtsaktivisten, die sich für die Unabhängigkeit der Westsahara einsetzen, nach mehr als zwei Jahren aus dem Gefängnis entlassen. Am 8. Oktober 2009 waren



Foto: Saharawiak

Ali Salem Tamek

die drei Aktivisten – darunter Ali Salem Tamek (Bild) – zusammen mit weiteren sahraouischen Menschenrechtlern von marokkanischen Sicherheitskräften festgenommen worden. Ihnen wurde vorgeworfen, Marokkos innere Sicherheit zu gefährden. Am 18. Mai 2010 kam ein Teil der Häftlinge nach einem 41-tägigen Hungerstreik vorläufig frei, während die anderen weiterhin auf die Entscheidung eines Militärgerichts warten mussten. Kurz vor der geplanten Ankündigung eines weiteren Hungerstreiks wurden die restlichen Häftlinge nun im April 2011 ebenfalls entlassen.

Quelle: GfbV Deutschland

Foto: IHH Humanitarian Relief Foundation Turkey



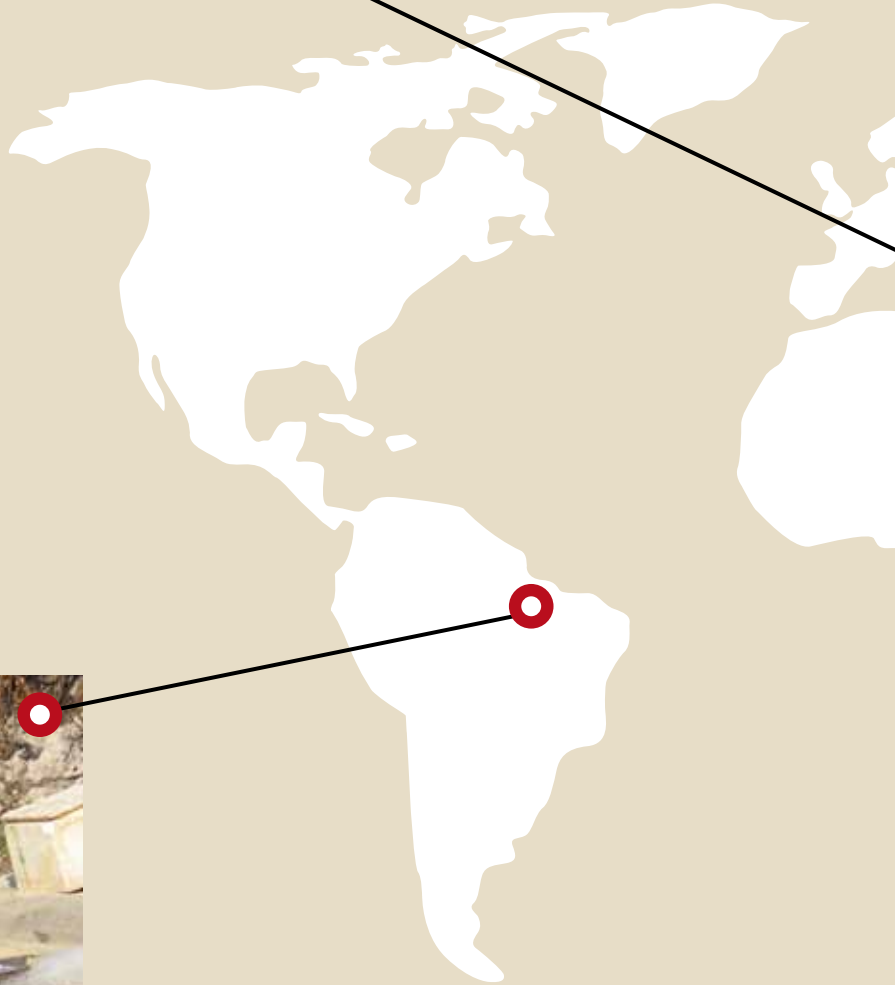
Bosnien: Im März 2011 qualifizierte der Waadtländer Staatsanwalt erstmalig in der Schweiz die Leugnung des Völkermordes in Srebrenica und von Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Bosnien klar als Verletzung der Antirassismustrafnorm. Die GfbV und TRIAL – Schweizerische Gesellschaft für Völkerstrafrecht hatten am 19. April 2010 gegen die zwei Autoren der rechts aussen angesiedelten Zeitschrift La Nation ein Strafverfahren eingeleitet. Die beiden Organisationen sind zwar befriedigt über die erstmalige Qualifikation, sie bedauern jedoch, dass das Verfahren eingestellt wurde, da den beiden Autoren nach Ansicht des Staatsanwalts keine subjektive rassistische Absicht nachgewiesen werden konnte.

Foto: Rebecca Sommer



Brasilien: Am 4. April 2011 forderte die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) die brasilianische Regierung auf, den Bewilligungsprozess für den Bau des Staudamms Belo Monte zu sistieren. Verschiedene Organisationen – darunter die GfbV – hatten beanstandet, dass die lokalen und traditionellen Gemeinschaften im Gebiet des Xingu-Flusses nicht genügend konsultiert worden seien. Die GfbV begrüsst den Entscheid der OAS. Sie forderte bereits im November 2010 von der brasilianischen Regierung ein grossräumiges Schutzgebiet für unkontaktierte Indigene und ein Mitentscheidungsrecht aller weiteren betroffenen Indigenen, wie dies die von Brasilien unterzeichnete ILO-Konvention 169 vorschreibt.

Foto: Franziska Stocker



und -Kampagnen

13



Foto: Noemi Gossen

Irak: Vor 23 Jahren bombardierte Saddam Hussein die ahnungslose Bevölkerung der Stadt Halabja im Nordirak mit tödlichen Gasen. Mindestens 15 000 Menschen starben an den direkten oder indirekten Folgen des Giftgasangriffs. Dieser war Teil der Al Anfal-Kampagne, mit der Saddam Hussein brutal gegen die Kurden und andere Minderheiten im Nordirak vorging. Am 16. März 2011 fand auf dem Helvetiaplatz in Bern eine Kundgebung anlässlich des Halabja-Gedenktags statt, an der auch Eva Schmassmann von der GfbV ein Statement gab.



Foto: Patrik Kummer

Türkei: Die GfbV organisierte am 13. April 2011 zusammen mit der Parlamentarischen Gruppe Schweiz – Armenien einen Filmabend mit anschließender Podiumsdiskussion zum Völkermord an den Armeniern. Der preisgekrönte Dokumentarfilm «Aghet – Ein Völkermord» des deutschen Regisseurs Eric Friedler beleuchtete die historischen Tatsachen und thematisierte vor allem das Leugnen derselben durch den türkischen Staat. Der deutsch-türkische Schriftsteller Dogan Akhanli (vgl. auch Bericht Seite 6) berichtete aus eigener Erfahrungen, wie dieser Staat heute noch mit Menschen umgeht, die sich gegen das Vergessen einsetzen. Das Publikum, darunter auch bekannte Schweizer Politikerinnen und Politiker, nahm mit viel Interesse an der Veranstaltung teil.

Sri Lanka: Auf einen Aufruf der GfbV und des Swiss Council of Eelam Tamils versammelten sich am 2. April 2011 gegen 1500 Menschen auf dem Bundesplatz in Bern, um gegen die Wegweisung von Asylsuchenden aus Sri Lanka zu protestieren. Der Entscheid des BFM ab dem 1. März Wegweisungen von Asylsuchenden aus Sri Lanka verstärkt vorzunehmen, ist aus Sicht der Organisationen verfrüht. Sie forderten vom Bundesrat und Parlament in einer Petition die sofortige Rücknahme des BFM-Entscheids. Die Sicherheit der sri-lankischen Bevölkerung ist nicht gewährleistet. Insbesondere Tamilinnen und TAMILen müssen bei der Einreise Willkür, Einschüchterungen oder gar Verhaftung und Folter befürchten.

➤ Psychologische Aufarbeitung von Chinas Vergangenheit

Für den Psychologen und Tibet-Forscher Martin Kalff besteht die Möglichkeit, dass der schwierige Dialog zwischen den Chinesen und den Tibetern mit der traumatischen Geschichte beider Gruppen zu tun hat. Er plädiert für einen Austausch, der diesen Faktor einbezieht.

Martin Kalff begann sich in der 1960er Jahren für die Geschichte der chinesischen Unterdrückung Tibets zu interessieren. Damals nahm seine Mutter einen tibetischen Mönch als Flüchtling zuhause auf. Das Interesse blieb. Kalff studierte Religionswissenschaften und befasste sich jahrelang mit dem Buddhismus und der Geschichte Chinas. Der Dalai Lama bzw. die tibetische Exilregierung versuchen seit langer Zeit, mit der chinesischen Regierung in einen Dialog zu treten, um für die schwierige Menschenrechtssituation in Tibet eine Lösung zu finden – mit geringem Erfolg. In einer öffentlichen Rede regte der Dalai Lama an, es müssten neue Wege für einen Dialog zwischen Chinesen und Tibetern gefunden werden.

Kalff fühlte sich angesprochen, las Stellungnahmen von chinesischen Behördenstellen zur Situation in Tibet und sah sich im Internet Reden von chinesischen Parteikadern an. Ihm fiel auf, dass sich die Repräsentanten des chinesischen Staates oft in einem ausgesprochen aggressiven Ton über die Tibeter äusserten. Der Dalai Lama sei ein «schrecklicher Mensch», «ein Wolf im Schafspelz». In Tibet gehe es um einen «Kampf um Leben und Tod», man müsse

«die Unruhen ersticken und Kriminelle ausschalten». Kalff erklärt dazu: «Mir fiel auf, dass diese Personen oftmals völlig maskenhafte und emotionslose Gesichter hatten und eine starre Haltung einnahmen. Das machte mich neugierig. Denn in der Trauma-Psychologie können solche Verhaltensweisen ein Anzeichen für eine Traumatisierung sein.»

Bedürfnis nach Kontrolle

Peter A. Levine, einer der bekanntesten Psychologen und Traumaforscher («Somatic Experiencing»), auf den sich Kalff bezieht und den er selber gut kennt, hat herausgefunden, dass das Erleben eines traumatischen Ereignisses zahlreiche Reaktionen in Körper und Psyche mit sich ziehen kann. Nach Levine können Menschen bei einem solchen Ereignis körperlich erstarren. Damit geht einher, dass das Schmerzempfinden abnimmt und auch Emotionen weniger stark wahrgenommen werden. Wenn die traumatische Erfahrung andauert oder nicht genügend verarbeitet werden kann, kann es dazu führen, dass die Fähigkeit zu fühlen und mitzufühlen schwindet. Dazu kommt ein ausserordentlich starkes Bedürfnis, die äusseren Umstände zu kontrollieren. «Nichts ist für traumati-

sierte Menschen bedrohlicher, als erneut die Kontrolle zu verlieren und sich hilflos und machtlos zu fühlen», erklärt Kalff. «Mir fiel in diesem Zusammenhang auf, dass die Chinesen jegliche 'Unruhen' immer sofort unter Kontrolle bringen wollen, sie wollen 'Ordnung', denn etwas, was Unruhe schaffen könnte, darf nicht sein. Die Chinesen wollen eine künstliche Harmonie.»

Auch Chinesen traumatisiert

«Als ich mich näher mit der Geschichte und den gesellschaftlichen Umwälzungen Chinas befasste, wurde mir bewusst, dass nicht nur die Tibeter, sondern auch die Chinesen eine Geschichte unvorstellbarer Verfolgung und Unterdrückung erlebt haben. Dazu gehört beispielsweise der Krieg mit Japan, der Millionen chinesische Opfer forderte. Das Massaker in Nanking und die Massengewaltungen und -Hinrichtungen waren äusserst grausam. Sodann muss die Kulturrevolution unter Mao für Millionen von Chinesen äusserst traumatisierend gewesen sein. Die Hungersnot allein forderte 30 Millionen Todesopfer. Selbst Kinder, die aus Hunger Essen stahlen, wurden hart bestraft. Hunderttausende wurden in Arbeitslager gesteckt, gefoltert und umgebracht.»

Kalff möchte nun mit Levine einen geschützten Rahmen für Begegnungen zwischen Tibetern und Chinesen schaffen, bei denen die Wunden der Geschichte einbezogen werden können. «Es gibt bereits Erfahrungen mit dieser Methode aus anderen Konfliktgebieten. Das ist keinesfalls nur auf den Fall von China anzuwenden. Levine hat bereits erfolgreich mit Israeli und Palästinensern gearbeitet. Wir hoffen nun, dass wir hier in der Schweiz mit einem ersten Seminar beginnen können.»

Franziska Stocker, GfbV Schweiz



Foto: Franziska Stocker

Martin Kalff ist Psychologe und für das Buddhistische Zentrum in Zollikon tätig.

> Service

Indien: «Das machen wir»

 Was machen die Warli? Sie rennen, ziehen, spielen, zeichnen... Diese Menschen sind stets unterwegs und haben immer etwas zu tun. Die beiden Autoren gehören als Angehörige der Warli zur indigenen Bevölkerung Indiens und haben die traditionelle Malerei zu ihrem Beruf gemacht. Das Kinderbuch wurde in einem Siebdruckverfahren in einer Werkstatt in Indien unter fairen Arbeitsbedingungen von Hand hergestellt.




Ramesh Hengadi und Shantaram Dhadpe: *Das machen wir. Reihe Baa-bab bei NordSüd*, Februar 2011.

Europa: «Sinti und Roma hören»

 Das Hörbuch erzählt die Geschichte und Kultur der Roma und Sinti, deren Wege von Indien über Europa bis nach Südamerika führen. Während sie die europäische Kultur stark mitgeprägt haben, zum Beispiel die Erzähltraditionen in Deutschland oder den Flamenco in Spanien, sind sie seit Jahrhunderten Opfer von Diskriminierung und Vertreibung. Lange Zeit wurden ihre Traditionen nur mündlich von einer Generation zur nächsten überliefert. Mit eindrucksvollen Zitaten und vielfältiger Musik geht das Hörbuch auf das Leben des Volkes ein.

Anja Tuckermann: *Sinti und Roma hören. Sprecher: Rolf Becker und Anne Moll*, Silberfuchsverlag, April 2011.

China: Fotoausstellung «Ai Weiwei – Interlacing»


 Der kürzlich verhaftete chinesische Künstler und Regimekritiker Ai Weiwei kommentiert in seinem Werk die gravierenden Veränderungen, die in

China seit der wirtschaftlichen Öffnung des Landes stattfinden. Er kritisiert die



Verstösse gegen die Menschenrechte, die wirtschaftliche Ausbeutung und die Umweltverschmutzung. Die Ausstellung «Interlacing» möchte die Vernetztheit von Ai Weiwei ins Zentrum rücken, den Künstler als politische Stimme erfassen. Ausstellung: Ai Weiwei – Interlacing. Vom 28. Mai bis zum 21. August 2011. Fotomuseum Winterthur, Grünenstrasse 44 + 45, Winterthur.

Ex-Jugoslawien: Ausstellungsprojekt «Zwanzig Jahre – Spurensuche in Ex-Jugoslawien»

 Erinnern, nachdenken und konfrontieren: Exakt zwanzig Jahre nach Beginn des blutigen Jugoslawienkrieges findet in Schweizer Städten ein Multimediaprojekt im öffentlichen Raum gegen das Vergessen statt. Die Familienportraits geben einen intimen Einblick



und erzählen ein persönliches Schicksal. Sie wenden sich an die Menschen der ersten, zweiten und dritten Generation: Welche Perspektiven haben die Völker

des Balkans? Welche Chancen, den Hass zu überwinden und den Tätern zu vergeben?

Ausstellungsprojekt: «Zwanzig Jahre - Spurensuche in Ex-Jugoslawien» von Fabian Biasio. Ab Mitte Juni in Zürich, Luzern, Basel und Bern auf E-Boards in Hauptbahnhöfen und auf APG-Plakatwänden. Ab Juni: interaktiver Roadmovie auf www.zwanzig-jahre.ch


Sri Lanka: «Mit dem Wind fliehen»

 Der junge tamilische Freiheitskämpfer Nathan gerät während des Bürgerkriegs in Sri Lanka zwischen alle Fronten. Er wird gefoltert und schwebt in ständiger Todesgefahr. Mit Hilfe von Freunden gelingt ihm schliesslich die Flucht nach Deutschland. Doch die Hoffnung auf ein Leben in Frieden ist trügerisch, denn Neonazis machen gegen Flüchtlinge mobil. Der sri-lankische Autor lebt seit 30 Jahren in Deutschland und setzt sich aktiv für eine Friedenspolitik in Sri Lanka ein.



Ranjith Henayaka: *Mit dem Wind fliehen*. Horlemann Verlag, 2010.

Schweiz: «Ein unbequemes Leben»

 Cornelius Koch (1940-2001) kämpfte als Priester und Weltbürger für Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Unermüdlich setzte er sich für Arbeitslose, Flüchtlinge, Sans-Papiers, streikende Arbeiter und lateinamerikanische Indigenas ein. Mit spektakulären Aktionen erregte er Aufsehen in Presse und Fernsehen. Doch was steckt hinter diesem Menschen, der den Behörden ein Dorn im Auge war?

Claude Braun/Michael Rössler: *Ein unbequemes Leben – Cornelius Koch, Flüchtlingskaplan*. Zytglogge Verlag, 2011.

Eine Stimme für Verfolgte.

www.gfbv.ch



➤ Ja, ich möchte die Gesellschaft für bedrohte Völker unterstützen.

- Ich werde Mitglied und erhalte die Zeitschrift «Voice» (Mitgliederbeitrag ab CHF 60.-)
- Ich möchte meine Mitgliedschaft mittels Lastschriftverfahren begleichen. Bitte senden Sie mir ein entsprechendes Formular.
- Ich möchte der GfbV eine Spende überweisen. Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein.
- Ich möchte die Zeitschrift «Voice» abonnieren (Jahresbeitrag CHF 30.-)

Meine Adresse:

Vorname _____

Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Bitte Talon abtrennen und zurücksenden an:

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Schermenweg 154, CH-3072 Ostermundigen
T +41 (0)31 939 00 00, F +41 (0)31 939 00 19, E-Mail info@gfbv.ch, www.gfbv.ch,
Spendenkonto: Berner Kantonalbank (BEKB): IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1